

Liestal, 19.12.2021

Interpellation

Die demographische Entwicklung (Überalterung) und die Konsequenzen daraus für die Stadt Liestal

Bereits sind die ersten der Babyboomer-Generation (Jahrgänge 1946/55 – 64) in Pension. Bald kommt die grosse Kohorte der Pensionärinnen und Pensionäre, mit weiteren Konsequenzen für die (jüngere) Gesellschaft. So werden die AHV und die Pensionskassen stark betroffen sein, wenn immer weniger für immer mehr Personen einzahlen müssen.

Knapp 40% der erwachsenen Bevölkerung ist dann über 60 Jahre alt. Der Anteil der älteren Generation wird aber bald bei 60% sein. Das hat enorme Auswirkungen auf die Gesellschaft und auf den Generationenvertrag zwischen der älteren Bevölkerung im Rentenalter und der jungen Generation im Erwerbsleben und in Ausbildung.

Viele der Auswirkungen betreffen vor allem den Bund (AHV, Pensionskassen) und teilweise die Kantone (Ergänzungsleistungen). Viele Herausforderungen bleiben aber schlussendlich bei den Kommunen, so auch der Stadt Liestal, hängen.

Es betrifft dies das Wohnen, die Altenbetreuung, die Mobilität der Rentnerinnen und Rentner, die Sozialhilfe und damit auch die Entwicklung bei den Steuern der Stadt Liestal.

Daher stellt sich generell die Frage: Hat der Stadtrat diese Entwicklung im Blickfeld und wurden dafür Szenarien erstellt, mit den entsprechenden prospektiven Planungs- und Handlungsrichtlinien?

So stellen sich daraus folgende Detailfragen betreffend die ältere Generation von Liestalerinnen und Liestaler:

- Wurde bereits eine Erhebung über die Jahrgänge und die Zahl der Personen gemacht, welche in den nächsten 10 Jahren in Rente gehen?
- Welche Konsequenzen hat das für die Verwaltung und die Betriebe der Stadt Liestal? Sind die anstehenden Abgänge von in Pension gehenden Angestellten für die Stadt ein Problem?
- Zusätzlich die Lehrpersonalabgänge im Bereich Kindergärten und Primarschulen in Liestal?
- Die Konsequenzen im Bereich der Steuereinnahmen, da die Renten nicht mehr dem Jahreseinkommen eines Erwerbstätigen entsprechen?
- Wieviele Personen werden schätzungsweise Ergänzungsleistungen oder Sozialhilfe beantragen müssen (oder beziehen bereits Sozialhilfe)?
- Und hat es genug Plätze in den Altersheimen?
- Oder in den Alterssiedlungen? Und welche Planungen wurden dazu gemacht?
- Wie stellt man sich die Altenbetreuung vor, wenn diese Generation möglichst lange im eigenen Haus oder der Wohnung, also in ihrer gewohnten Umgebung leben wollen?
- Was plant man im Bereich der "Mobilität" der Generation von Rentnerinnen und Rentner, wenn sie nicht zu Hause hocken wollen oder schlimmer, müssen?
- Gibt es weitere Bereiche, welche erfasst wurden oder noch erfasst werden müssen?

Viele der Fragen mögen erst in 10 oder 20 Jahren dringlich werden. Sie müssen aber heute angegangen werden, um dann nicht politisch überrumpelt zu sein.



Daniel Jurt